



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/64

Hannover, 17. Januar 1949

Sind wir Nationalisten?

Von Friedrich Stampfer

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich in Jahrzehnten schwerster Kämpfe abgewöhnt, zümpellich zu sein. Hätten wir jeden Vorwurf, der gegen uns geschleudert worden ist, uns zu Herzen genommen, so wären wir längst an gebrochenen Herzen gestorben. Stattdessen haben wir das Geheul unserer Feinde stets als ein Zeichen dafür genommen, dass wir auf dem rechten Wege sind, und es mit dem Dichterwort gehalten: "Denn ihres Ballens lauter Schall / Beweist nur, dass wir reiten."

Anders aber ist es, wenn Männer aus befreundeten Lagern, von denen wir ein objektives Urteil erwarten dürfen, in den Ruf unserer Feinde einstimmen und gegen uns denselben Vorwurf erheben wie jene. Da lohnt es sich, aufzuhorchen und zu überlegen.

Sascha Grumbach haben wir seit Einstellung der Feindseligkeiten oft auf deutschem Boden als alten Freund begrüßt. Und Harold Laski - das soll ihm nicht vergessen werden - hat während des Krieges zu denen gehört, die dem Eindringen des Vansittarismus in die Labour Party tapferen Widerstand leisteten. Wenn selbst solche Männer gegen uns den Vorwurf des Nationalismus erheben, ist nur zweierlei möglich: entweder, dass wir uns wirklich auf falschem Wege befinden, oder aber dass wir es mit einer Weltpropaganda gegen uns zu tun haben, die vorübergehend selbst die Einsicht der Einsichtigen getrübt hat.

Nach unserer Überzeugung ist das letztere der Fall. Denn wenn eine Partei gegen den Vorwurf des Nationalismus gefeit sein sollte, dann ist es die deutsche Sozialdemokratie. Hat man denn nach so kurzer Zeit schon wieder vergessen, dass sie dreizehn Jahre lang, wie keine andere, das Martyrium ihrer internationalen Gesinnung getragen hat? Was war unser Verbrechen? Unser Verbrechen war die Überzeugung, dass den nationalen Interessen unseres Volkes, wie jedes anderen, nur im Rahmen des Internationalismus gedient werden kann. Unser Verbrechen war unser Eintreten für die Rechte der Unterdrückten, für die Verständigung Deutschlands mit seinen früheren Feinden, vor allem mit Frankreich, für den

Weltbund der Völker und für die Vereinigten Staaten von Europa. Unser Verbrechen war unser Kampf gegen den engstirnigen Nationalismus, den Feind aller Völker, gegen Revanchegedanken und Irredentagelüste. Dafür haben wir gezahlt und gebüßt. Und nun sollen wir selber Nationalisten sein?

Wären wir es wirklich, so läge die Frage nahe, durch welche Zauberkunst ein solches Verwandlungswunder möglich geworden ist. Will man nicht in die Theorie der Kriegspropaganda zurückflüchten, dass sich die Deutschen allesamt einschliesslich der Sozialdemokraten von anderen Menschen durch besondere Bösigkeit unterscheiden, dann bleibt nur die Schlussfolgerung übrig, dass auf der anderen Seite verhängnisvolle schwere Fehler begangen worden sind und noch begangen werden. Einer dieser Fehler ist, dass man das selbstverständliche Eintreten jeder sozialdemokratischen Partei für die Menschenrechte des eigenen Volkes mit einem bösigartigen, nur die Rechte des eigenen Volkes anerkennenden Nationalismus verwechselt.

Von unseren Feinden erwarten wir kein Verständnis für unser Verhalten. Unsere Freunde bitten wir zu verstehen, dass wir auf die Berufung auf das Völkerrecht, die Haager Landkriegsordnung, sowie die eigenen Erklärungen und Beschlüsse der Alliierten, soweit sie zum Schaden des deutschen Volkes verletzt werden, nicht verzichten können. Unsere Freunde bitten wir, nicht zu vergessen, dass wir Feinde haben nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland, und dass die inländischen Feinde uns morgen wieder antinationale Gesinnung, schwächliche Nachgiebigkeit und angeblichen Verrat am eigenen Volke vorwerfen werden. Wir scheuen diesen uns bevorstehenden Kampf nicht und sind nicht gesonnen, einen verbrecherischen Nationalismus auch nur das geringste Zugeständnis zu machen. Aber eines brauchen wir unbedingt, um auch diesen Kampf, wie so viele andere, bestehen zu können, und das ist ein gutes Gewissen dem eigenen Volke gegenüber.

Würden wir uns durch das Geschrei über unseren angeblichen Nationalismus einschüchtern lassen und auf unsere Funktion als Vertreter berechtigter Interessen des deutschen Volkes verzichten, so würden wir damit diese Funktion anderen übergeben, die nur zu begierig sind, sie zu übernehmen. Weder dem deutschen Volke noch der übrigen Welt wäre mit einem solchen Tausch gedient. Trotz mancher Schwankungen und Rückschläge in der öffentlichen Meinung hat sich in den letzten drei Jahren doch mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass weder Deutschland als ein Faktor einer vernünftigen europäischen Ordnung, noch die deutsche Sozialdemokratie als Kämpferin für eine solche Ordnung entbehrt werden können. Nicht Deutschland allein - die Welt braucht die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie nicht eine neue Reise ins Chaos antreten will. Von dieser sicheren Erkenntnis geleitet, wollen wir unseren Weg fortsetzen und den Mantel zuknöpfen, bis der Sturm vorüber ist.

Die panslawistische Bewegung

Vermutlich im Februar wird der nächste Kongress des panslawistischen Komitees stattfinden. Die Idee, um die es hier geht, und die auch heute alle Aufmerksamkeit verdient, ist gerade hundert Jahre alt.

A.W. Die nationalen und revolutionären Gedanken, die Anfang des 19. Jahrhunderts die Geister Europas aufwühlten, waren auch auf die slawischen Völker nicht ohne Einfluss geblieben. Besonders die gebildeten Kreise der westlichen Völker wurden sich darüber klar, wie schmerzlich es war, dass die slawischen Stämme örtlich und staatlich zersplittert, religiös gespalten und durch fremde Regierungen beherrscht waren. Und sie träumten von der gewaltigen, geistigen und staatlichen Macht, die aus einer Vereinigung aller slawischen Völker, nämlich der Russen, Ruthenen, Tschechen, Wenden, Slowaken, Kroaten, Slowenen, Serben, Bosnier und Bulgaren entstehen würde. Russland, als einziger selbständiger slawischer Staat, der auch gleichzeitig die meisten Slawen umfasste, erkannte bald, eine wie wertvolle Hilfe der Panslawismus für seine Expansionsbestrebungen sein konnte. Seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts trat es daher als Hort des Slawentums auf und hatte nichts dagegen, wenn panslawistische Kreise den Zaren zum "Kaiser aller Slawen" erhoben. Bezeichnend war nur, dass die Polen, die zu Russland gehörten, die panslawistische Idee ablehnten und für die Selbständigkeit kämpften, was dem Panslawismus wenig förderlich sein musste. Auch die religiöse Spaltung lähmte die Anziehungskraft des Moskauer Slawentums bei den römisch-katholischen slawischen Stämmen. Immerhin muss man den Panslawismus mit zu den Ursachen des ersten Weltkrieges rechnen.

Die Bolschewisten verzichteten zunächst vollkommen auf jede Propagierung des Panslawismus. Sie waren zu sehr mit dem Kampf um die Macht im eigenen Hause beschäftigt und ausserdem waren die Möglichkeiten ihrer Parole "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" viel umfassender als die panslawistische Idee. Die Sowjetunion bot auch wenig Anziehungskraft für die anderen slawischen Staaten, besonders für deren Intelligenz und Bürgertum, die den Panslawismus in erster Linie vertreten hatten. Diese glaubten im Gegenteil, ihre Kultur und slawische Eigenentwicklung gegen das bolschewistische Russland in Anlehnung an den Westen verteidigen zu müssen. Lediglich die Arbeiter, die aber in den meisten slawischen Nachkriegsstaaten eine untergeordnete Rolle spielten, mochten sich noch für die Brüder unter Hammer und Sichel interessieren.

Das änderte sich von Grund auf im zweiten Weltkrieg. Je größer die Erfolge der Sowjets wurden, je mehr sie sich beim Zurückwerfen der Deutschen anderen slawischen Staaten näherten, umso

mehr wurde der Gedanke des Panlawismus wieder aus der Versenkung hervorgeholt. Es ist nur natürlich, dass der Sieg und die Macht der Sowjetunion dem Panlawismus einen grossen Auftrieb gaben. Und die Sowjets zögerten nicht, das in ihrer Propaganda voll auszunützen. In allen slawischen Staaten bildeten sich mit ihrer Unterstützung slawische Komitees, deren Aufgabe es ist, die völkischen und kulturellen Beziehungen zu vertiefen. Die meisten Vorsitzenden sind bezeichnenderweise Generale, z.B. Generalleutnant Gudorow in der Sowjetunion, Generalmajor Maslaritsch in Jugoslawien, woraus die Absicht zu erkennen ist, dem Auftreten und der Bedeutung dieser Gesellschaften eine ganz bestimmte Note zu verleihen. Im Dezember 1946 fand der erste Slawenkongress der Nachkriegszeit statt. Als Dachorganisation für die Gesellschaften in den verschiedenen Staaten wurde ein allslawisches Komitee gebildet, das zur Zeit von dem jugoslawischen Komitee_vorsitzenden geführt wird.

In letzter Zeit machen sich Bestrebungen bemerkbar, den unter den jetzigen Verhältnissen in Osteuropa engen Rahmen der slawischen Gemeinschaft zu sprengen und auch die andern "Volksdemokratien", wie Rumänien, Ungarn und Albanien zu berücksichtigen. Auf der dritten Plenarsitzung des Allslawischen Komitees wurde beschlossen, mit diesen Ländern enge Beziehungen aufzunehmen. Nicht uninteressant ist, dass diese Plenarsitzung in den entscheidenden Taten der tschechoslowakischen Staatskrise im Frühjahr 1948 in Prag stattfand.

Zwei schwierigen Fragen sieht sich die panslawistische Organisation gegenüber. Die Auseinandersetzung mit der Kirche ist dadurch, dass die orthodoxe Kirche vor dem Bolschewismus kapituliert hat und nun wieder ein bescheidenes Dasein führen kann, nur teilweise bereinigt. In den katholischen Ländern stehen die Kämpfe zwischen der kommunistischen Staatsführung und der Kirche noch bevor, oder haben - wie in Ungarn - gerade mit aller Schärfe begonnen. Die panslawistische Organisation hat sich bisher noch ausserhalb dieser Streitfrage halten können, ohne dass sie jedoch auf die Dauer eine Entscheidung umgehen kann. (b/B/151/1/he)

Der Westen und die Sowjetpläne "Ich bin immer wieder entsetzt und verwirrt, wenn ich sehe, dass die Völker des Westens einfach nicht sehen wollen, welches Schicksal die Sowjetion für sie bestimmt hat. Diese Tatsache versetzte mir den grössten Schock, als ich das erste mal in den Westen kam.

Über die sowjetischen Absichten kann es kein Geheimnis geben. Die These vom unvermeidlichen Kampf mit einem dekadenten Kapitalismus, der durch seine inneren Widersprüche zum Untergang verdammt ist, bildet den Kern des sowjetischen Glaubensbekenntnisses. Der wirkliche eiserne Vorhang besteht im Westen, und zwar aus dem Schleier von Leichtgläubigkeit, den die menschliche Natur dem Verstand vorzieht, um unliebsame Tatsachen fernzuhalten." (Sowjetoberst Tokajew in seinen Enthüllungen über die russische Politik.)

Von Seiten der Gewerkschaften wird uns geschrieben:

Rückläufige Tendenzen

Während noch 1947 sowohl die alliierten Behörden in Deutschland als auch die deutschen Stellen sich mit der von allen Gewerkschaften vertretenen Forderung auf entscheidende Mitbestimmung in der Wirtschaft abfanden, sind immer mehr Symptome bemerkbar, die auf eine rückläufige Tendenz schliessen lassen.

Als 1947 in der britischen Zone die Entflechtung von Eisen und Stahl beschlossen wurde, gelang es damals noch den Gewerkschaften, in der Treuhandverwaltung einen nicht unerheblichen Einfluss durchzusetzen. Jetzt aber, wo die Entflechtung des IG-Farben-Konzerns auf der Tagesordnung steht, soll diese offensichtlich nach echt grosskapitalistischen Methoden durchgeführt werden. Die vorgesehene deutsche Zwei-Zonen-Organisation unter dem Namen "Bizonal I.G. Farben Distorsal Band (Fardip)" zur Durchführung der Aufteilung des IG-Farbenbesitzes im Vereinigten Wirtschaftsgebiet besteht in der Hauptsache aus namhaften Vertretern der Schwerindustrie als Interessentenvertretung. Dagegen sind die Gewerkschaften als Vertretung der in Frage kommenden Arbeitnehmer nicht berücksichtigt.

Ein anderes Beispiel - und hier sind es deutsche Stellen, die die berechtigten gewerkschaftlichen Ansprüche ignorieren - bildet die Landwirtschaftskammer Niedersachsens. Trotz wiederholter Verhandlungen der zuständigen Gewerkschaft für Land- und Forstwirtschaft mit Minister Dr. Dr. Gereke, hat dieser die Kammer zu zwei Dritteln mit Arbeitgeber-Vertretern und nur mit einem Drittel mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt. Das ist umso unverständlicher, als Minister Dr. Dr. Gereke der "Landvolk"-Organisation auch einen Teil der Arbeitnehmer-Sitze zuschanzen will.

Am betontesten tritt die erwähnte Tendenz im Amtsbereich Prof. Erhards in Erscheinung. Die V.f.W. beschloss kürzlich die Errichtung von sog. Fachausschüssen bei der V.f.W. Diese Fachausschüsse sollen zu einem Tummelplatz der Unternehmer werden. Auf das, was sich da die V.f.W. leistet, wirft die Besetzung des Fachausschusses Chemie ein bezeichnendes Licht. Von den 61 Vertretern dieses Ausschusses sind den Gewerkschaften vier Vertretern zugebilligt worden. In der Fachgruppe Schuhe soll das Verhältnis 100:1 sein.

Herr Erhard scheint die Demonstration vom 12. Nov. 1948 nicht verstanden zu haben. Die Gewerkschafter sind über diese Entwicklung ausserordentlich beunruhigt und werden alle notwendigen Massnahmen ergreifen. Jedenfalls lehnen sie es ab, ihre Vertreter als "Konzessions-Schulzen" in solche Kammern und Ausschüsse zu entsenden.

Die Einladung ans Zentrum

sp. Die leitenden Männer der CDU in der britischen Zone haben das Zentrum, das sich in den letzten zwei Jahren in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eine politisch nicht unwichtige Position erworben hat, eingeladen, sich mit der CDU der britischen Zone zu vereinigen, d.h., bei dem beiderseitigen Kräfteverhältnis, sich ihr anzuschließen.

Nach dem Wunsch Dr. Adenauers soll es sich um eine Fusion und nicht um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft handeln. Offenbar haben die bisherigen Erfahrungen mit dieser letztgenannten Form politischer Zusammenarbeit den Zonenchef der CDU nicht zu einer Fortsetzung seiner Bemühungen in dieser Richtung ermuntert. Die Vorgänge der letzten Monate mit der immer heftigeren Rivalität zwischen CDU und CSU, vor allem Ursprung und Verlauf der gerade jetzt erneut auflebenden Schlange-Schöningen-Krise haben deutlich genug gezeigt, dass diese Arbeitsgemeinschaft der CDU mit den übrigen Landesorganisationen der christlichen Demokraten oder Christlich-Sozialen trotz allen gegenteiligen Behauptungen von interessierter Seite sehr viel lockerer geworden ist, als sie es noch vor einem Jahr war. Der in Königswinter zu einem besonders ungünstigen Zeitpunkt unternommene und dann auch prompt gescheiterte Versuch Adenauers, die verschiedenen Teile der Arbeitsgemeinschaft zu einer geschlossenen, überzonalen Organisation unter seiner eigenen Führung zu veranlassen, lässt ihn nun das gleiche Spiel mit dem Zentrum wiederholen. Was diese Partei daraus gewinnen könnte, bleibt unklar.

Sie wird sich Ende des Monats entscheiden und es besteht auf sozialdemokratischer Seite kein Anlass zu dem Versuch, diese Entscheidung zu beeinflussen. Das Zentrum wird sich aber darüber im klaren sein müssen, dass es bei einer solchen Fusion unweigerlich in das Fahrwasser der mehr oder weniger klar ausgeprägten Wirtschaftsreaktion des massgebenden rechten Flügels der britischen Zonen-CDU kommen muss. Das wäre ein Bruch gerade mit der Grundhaltung, die dieser an sich kleinen bürgerlichen Partei politisches Gewicht und Ansehen im Rahmen ihrer Möglichkeiten gab. Wenn eine solche Vereinigung zustande käme, wäre ausserdem die sicher sehr schnell sichtbare Folge eine wesentliche Steigerung der Einflussmöglichkeiten des katholischen Elements in der CDU. Wie weit eine eventuelle Bereitschaft des Zentrums, die uns unwahrscheinlich erscheint, mit der Entwicklung der Union der Mitte in Süddeutschland und ihrer Verbindung mit führenden Zentrumspolitikern zusammenhängt, ist eine Frage, die sich nicht ohne weiteres beantworten lässt. (m/1/171/1/he)

Eine Falle für Umsiedler?

sp. Ende des vergangenen Jahres erschien in mehreren Zeitungen der Ostzone, darunter in der "Sächsischen Zeitung" vom 20. Dezember 1948, eine antliche Bekanntmachung - gezeichnet Zaißler, Minister des Innern - in der es u.a. heisst:

"Alle Umsiedler, die im Lande Sachsen ansässig sind, können ab sofort bei Vorlage nachstehender Unterlagen Antrag auf Wegzug nach den westlichen Zonen stellen."

Es werden dabei weitgehende Erleichterungen gewährt, und im wesentlichen nur die Zuzugsgenehmigung des betreffenden Landes der Westzone verlangt. Ausserdem ist erlaubt, bis zu zweihundert kg. Gepäck mitzunehmen. Eine Reihe weiterer Einzelangaben ergänzen die Bekanntmachung.

Da es nicht ersichtlich ist, weshalb plötzlich aus unverdächtigen Gründen eine der bisherigen ganz entgegengesetzte Praxis der Ostbehörden geübt werden sollte, liegt die Vermutung nahe, dass es sich auch hierbei um einen Schachzug handelt, dessen Motive nicht ohne weiteres mit Sicherheit zu erkennen sind. Am wahrscheinlichsten ist wohl die provokatorische Absicht, auf diese Weise festzustellen, wer Neigung hat, das Land der östlichen Sagnungen zu verlassen. Danach soll dann offenbar das künftige behördliche Verhalten ihnen gegenüber eingerichtet werden. Diese These wird dadurch gestützt, dass bisher noch keine Personen in den westlichen Zonen eintrafen, die unter den angegebenen Bedingungen die Ostzone verlassen konnten. (m/1/171/1/he)

50. Jahre norwegischer Gewerkschaftsbund

R.H. Stockholm, Mitte Januar

Im Jahre 1949 feiert der norwegische Gewerkschaftsbund sein fünfzigjähriges Bestandsjubiläum. Mit seinen mehr als 450.000 Mitgliedern - bei einer Einwohnerzahl Norwegens von knapp über drei Millionen - ist der Gewerkschaftsbund einer der wichtigsten Gesellschaftsfaktoren und die verlässlichste Stütze der norwegischen Arbeiterregierung.

Wie die anderen skandinavischen Schwersterorganisationen verfolgt auch der norwegische Gewerkschaftsbund eine Politik der Lohnstabilität, um zu vermeiden, dass das Realeinkommen der Lohnarbeiter geschmälert wird. 1948 waren nur den untersten Lohngruppen kleine Lohnerhöhungen zugebilligt worden.

Als die wichtigsten Aufgaben des Gewerkschaftsbundes im Jubiläumsjahr bezeichnete der Bundesvorsitzende Konrad Nordahl die Unterstützung der Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen im Herbst 1949, damit die sozialdemokratische Regierung Norwegens ihre Aufbauarbeit fortsetzen könne. (b/151/h/1/he)

Verantwortlich: Peter Baunau